

SPD-Kreisverband Kiel  
**Kreisparteitag 20. Februar 2016, RBZ Technik**  
Antragsteller: SPD-Ortsverein Mitte

---

## TOP 9 Anträge

1 **Antrag: Eine Politik von allen mit allen! -**

2 **Inklusion von Menschen mit Behinderung in der politischen Arbeit fördern**

3

4 *Der Kreisparteitag möge beschließen:*

5

6 Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der politischen Arbeit der Kieler SPD wird  
7 gefördert. Dafür werden bestehende Barrieren reduziert und abgebaut.

8

9 Die Kieler SPD setzt sich dafür ein, dass Parteien für die Umsetzung von inklusiver  
10 politischer Arbeit finanzielle und/oder materielle Ressourcen zur Verfügung gestellt  
11 bekommen, um dem Auftrag aus Artikel 29 des Übereinkommens der Vereinten Nationen  
12 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (kurz: BRK) gerecht werden zu können.

13

14 Alle Mitglieder der Kieler SPD sollen bedarfsgerechte Unterstützung erhalten, um barrierefrei  
15 an der politischen Willensbildung teilhaben zu können.

16

17 Die Kieler SPD leitet den Beschluss den SPD-Fraktionen im Landtag und im Bundestag zu  
18 und stellt einen entsprechenden Antrag auf dem nächsten Landesparteitag.

19

20 Begründung:

21 Die im Jahr 2006 ratifizierte BRK bildet die rechtliche Grundlage für die Teilhabe von  
22 Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft. In Artikel 29 der BRK zur Teilhabe am  
23 politischen und öffentlichen Leben heißt es, "[...] dass Menschen mit Behinderungen  
24 gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben  
25 teilhaben können, [...] was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und  
26 gewählt zu werden".

27

28 Neben der rechtlichen Grundlage für Inklusion vertritt die Sozialdemokratie auch das  
29 Selbstverständnis, dass jeder Mensch das gleiche Recht auf Teilhabe in einer Gemeinschaft  
30 hat. Eine Behinderung darf keinen Unterschied machen.

31

32 Derzeit bestehen in der politischen Arbeit von Parteien eine Vielzahl von Barrieren, z.B.  
33 räumliche Barrieren, Barrieren durch gesprochene Sprache oder geschriebene, welche es  
34 Menschen mit Behinderung nicht möglich macht, an politischer Arbeit teilzuhaben.

35  
36 Eine Möglichkeit zur Reduzierung der räumlichen Barrierefreiheit wäre beispielsweise, dass  
37 in der Stadt bereits vorhandene barrierefreie Räumlichkeiten (z.B. in Schulen) für die  
38 Parteiarbeit geöffnet werden. Auch soll eine Möglichkeit geschaffen werden, dass Menschen  
39 mit einer Hörbehinderung an der politischen Arbeit teilhaben können. Hierfür könnte den  
40 Parteien ein Kontingent an kostenfreien Gebärdensprachdolmetscher\_innen zur Verfügung  
41 stehen, auf welche sie beispielsweise für Ortsvereins-, Kreisausschuss-,  
42 Kreisvorstandssitzungen oder Kreisparteitage zurückgreifen können.

43  
44 Auch andere Möglichkeiten, bestehende Barrieren zu reduzieren sollten gefördert werden  
45 und Mitglieder von Parteien sollten dabei Unterstützung erhalten.